

Insieme 1

Religion, Staat und Gesellschaft

Insieme 1 widmete sich der Frage des komplexen Verhältnisses zwischen Religion, Staat und Gesellschaft, insbesondere vor dem Hintergrund empfundener und tatsächlicher islamischer Herausforderungen. *Rudolf Mitlöhner* leitete die Diskussion, welche sich um zwei zentrale Fragestellungen entwickelte: erstens um die Frage der Rolle des Staates im Allgemeinen und der Politik im Besonderen und zweitens um konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem Islam und seiner Organisation in Österreich.

Zur Rolle der Politik und des Staates generell verwies *Efgani Dönmez* auf die Lektionen aus der türkischen Geschichte: Eine gegenwärtig nicht immer gegebene neutrale Distanz sei vorzuziehen. Als Gradmesser müsse das Handeln, nicht die Zurechnung zu einer ethnischen, religiösen oder politischen Gruppe dienen. Eine Instrumentalisierung religiöser Gefühle durch Politik im Gewand von Religion und durch die Organisation islamischer Staaten sei erkennbar. *Carla Amina Baghajati* legte ein klares Bekenntnis zum säkularen Staat und einer Trennung der Machtverhältnisse ab, betonte aber zugleich das Recht auf innere Autonomie. *Heinrich Neisser* bezweifelte, dass die institutionelle Trennung mit einer Bedeutungslosigkeit der Religion gleichgesetzt werden könne. Vereinfachende Diskussionen seien allerdings gefährlich, sogar eine „Entgeistigung“ der politischen Parteien wurde konstatiert. *Leopold Neuhold* betonte, dass Säkularismus als vielschichtiger Prozess zu begreifen sei. Das Konzept von Werten könne in der Institutionalisierung mutieren. Als Ort der Religion machte er das Gewissen der Einzelnen, nicht mit Macht ausgestaltete Organisationen, fest.

Hinsichtlich der Frage nach Religion- oder Ethikunterricht war kein Konsens unter den Panelisten erkennbar. *Neisser* betonte zwar die mögliche Brücke vom Ethikunterricht zur Religion, hielt aber dennoch den Religionsunterricht für nicht verzichtbar.

Hinsichtlich des Dialogs mit dem „politischen“ Islam sprach *Baghajati* von ultraorthodoxen Muslimen mit literalistischer Auslegung, die dennoch für das politische Gemeinwesen Österreichs faktisch harmlos seien. Umgekehrt werde „Islam europäischer Prägung“ ungeachtet seines innermuslimischen Ursprungs nach der Debatte zum Islamgesetz teilweise als staatlich verordnet verstanden. *Dönmez* betonte einerseits die einzigartige Möglichkeit in Österreich Islamthemen frei anzusprechen, andererseits sei die IGGiÖ als alleiniger Repräsentant bedenklich, da viele Bewegungen nicht vertreten seien und ein Hinausdrängen der Moderaten zu beobachten sei. Im Islamgesetz wollte er keinen Generalverdacht gegenüber Muslimen erkennen. Er sah vielmehr Chancen, den Islam in Österreich gegenüber einem solchen arabischer oder türkischer Prägung abzugrenzen.